



Sitzung vom

17. Dezember 2019

Mitgeteilt den

20. Dezember 2019

Protokoll Nr.

963

Auftrag Hohl

betreffend bessere Integration der Zweitwohnungsbesitzer in Graubünden

Antwort der Regierung

Der Auftrag Hohl verlangt von der Regierung, dem Grossen Rat ein Massnahmenpaket zu präsentieren und ihm konkrete Lösungsansätze zu beantragen. Es ist dabei vorneweg festzuhalten, dass sich der Auftrag mit einer Aufgabe im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden beschäftigt und somit allfällige Massnahmen dort umzusetzen sind. Nach dem ausdrücklichen Willen des Auftrags sollen jedoch in keiner Weise Kompetenzen in Richtung Kanton verlagert werden.

Die Zweitwohner sind eine grosse und bedeutende Gästegruppe für Graubünden. Sie sind damit ein wichtiges Element für die regionale Wertschöpfung. Sie tätigen Konsumausgaben in den lokalen Geschäften sowie für sportliche und kulturelle Aktivitäten. Hinzu kommt die Unterstützung des regionalen Gewerbes durch den Bau, die Erneuerung und den Unterhalt der Zweitimmobilien.

Seitens der Gemeinden und des Kantons ist es ein aktuelles Bedürfnis, das Verhältnis zu den Zweitwohnern zu reflektieren und auf neue, die Wertschätzung unterstreichende Grundlagen zu stellen. Die Pflege des Austauschs mit den Zweitwohnern ist primär Aufgabe der Gemeinden und der jeweiligen Tourismusorganisationen vor Ort. Der Kanton kann nur subsidiär tätig werden. Gemeinden und Tourismusorganisationen setzen heute bereits vielseitige Aktivitäten zur adäquaten Information und Integration der lokalen Zweitwohner um. Massnahmen können unterschiedlichster Ausprägung sein (Informationsanlässe, Rundschreiben, Stammgäste Ehrungen, spezifische Anlässe, Austauschplattformen wie digitale Dorfplätze, o. ä.).

Ende Oktober 2019 fand ein Treffen zwischen einer Delegation der IG Zweitheimische Graubünden und Vertretern des Departements für Finanzen und Gemeinden sowie des Departements für Volkswirtschaft und Soziales statt. Solche Treffen sind

zur Sensibilisierung des Kantons für die Anliegen der Zweitwohner wichtig und helfen, die beidseitigen Anliegen besser zu verstehen.

Die Regierung sieht auch eine Chance für Graubünden, wenn sich Zweitwohner vermehrt in Graubünden aufhalten oder gar ihren Wohnort nach Graubünden verlegen. Bereits heute unterstützt der Kanton im Rahmen der Markenkampagne "Enavant 4.0" gezielte Massnahmen zur Positionierung Graubündens als Ort zum Leben und Arbeiten. Im Rahmen der Umsetzung des neuen Regierungsprogramms wird die Regierung ihre Bemühungen zur Steigerung der Attraktivität Graubündens als Wohn- und Arbeitsort weiter intensivieren.

Die Plattform GRhome.ch, die von der Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden initiiert wurde und vom Kanton massgeblich mitfinanziert wird, richtet sich explizit auch an Zweitwohner und nicht nur an Einheimische. Knapp 20 Prozent der registrierten User sind Zweitwohner, welche ebenfalls von den exklusiven Angeboten profitieren.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag wie folgt abzuändern:

- Die Regierung institutionalisiert den Dialog mit den Zweitwohnern im Rahmen von periodischen Treffen.
- Die Regierung nutzt die nächste Gemeindetagung, um Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter für die Anliegen von Zweitwohnern zu sensibilisieren und diese zur Verstärkung des Dialogs mit den Zweitwohnern zu animieren.
- Sofern seitens der Gemeinden ein ausgewiesener Bedarf besteht, erarbeitet die Regierung eine Grundlage, um gegenseitige Bedürfnisse zu klären und konkrete Massnahmen vorzuschlagen. Dazu wird ein Auftrag an einen geeigneten Dritten erteilt, welcher unter Einbezug von Gemeinden und Zweitwohnern Massnahmen vorschlägt und diese auf ihre rechtliche, technische und zeitliche Realisierbarkeit überprüft und priorisiert.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin